FREIBERUFLER-TICKER vom 30. Juli 2021

1. Hochwasser in Deutschland - FAQ des BFB

In einem <u>Überblick</u> fasst der BFB relevante Informationen zusammen. Darin finden sich Antworten auf Fragen rund um Spenden, das Arbeitsrecht, Bautechnik und -recht, psychologische Unterstützung, aber auch Hinweise auf Hilfsprogramme des Bundes und der Länder. Dieses Angebot wird fortlaufend aktualisiert.

2. DATEV-Podcast zu den Folgen der Corona-Krise bei den Freien Berufen

Die jüngste Ausgabe des DATEV-Podcasts "Hörbar Steuern" ist ein Spezial, in dem Dr. Robert Mayr, CEO der DATEV, mit BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer die Frage "Freiberufler, was nun?" beantwortet. Gemeinsam vermessen sie die Spuren in den freiberuflichen Feldern und nehmen die Lehren in den Blick, die aus der Krise zu ziehen sind.

3. Lage am Arbeitsmarkt verbessert sich weiter

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) legte am 29. Juli 2021 die monatlich erscheinenden aktuellen Daten zum Arbeitsmarkt vor. Ihr Befund: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind trotz Beginn der Sommerpause weiter kräftig gesunken. Das Wachstum der Beschäftigung hält an. Und die Unternehmen suchen vermehrt nach neuem Personal. So waren 744.000 Arbeitsstellen bei der BA gemeldet, 171.000 mehr als vor einem Jahr. Saisonbereinigt hat sich der Bestand der bei der BA gemeldeten Arbeitsstellen um 41.000 erhöht. Überdies geht die Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld zurück. Nach aktuellen Daten zu geprüften Anzeigen wurde vom 1. bis einschließlich 25. Juli 2021 für 75.000 Personen konjunkturelle Kurzarbeit angezeigt. Aktuelle Daten zur tatsächlichen Inanspruchnahme stehen bis Mai 2021 zur Verfügung. So wurde nach vorläufigen, hochgerechneten Daten der BA in diesem Monat für 2,23 Millionen Arbeitnehmer konjunkturelles Kurzarbeitergeld gezahlt. Im April 2020 hatte die Zahl mit knapp sechs Millionen den Höhepunkt erreicht. Insgesamt ist laut BA auch eine zunehmende Aufhellung am Ausbildungsmarkt zu spüren.

4. Arbeitsmarkteffekte in Deutschland während der COVID-19-Pandemie

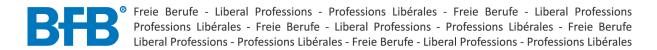
Hierzu <u>veröffentlichte</u> das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung am 28. Juli 2021 eine Analyse: Danach sind 31 Prozent der deutlich erhöhten Zuflüsse aus Beschäftigung in Arbeitslosigkeit und 33 Prozent der verringerten Abflüsse aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung in der ersten Welle auf die Schließungsmaßnahmen zurückzuführen. In Summe erhöhten die Eindämmungsmaßnahmen die Arbeitslosigkeit in kurzer Frist um 80.000 Personen.



Klimaneutrale Geschäftsreisen.

Mit 100% Ökostrom.*

Jetzt anmelden



5. Studie zu Auswirkungen von qualifikationsspezifischen Wanderungsströmen

Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland wird aufgrund der demografischen Entwicklung zwischen 2020 und 2040 um etwa 1,8 Millionen Personen zurückgehen. Das zeigen die Basisprojektionen des Bundesinstituts für Berufsbildung und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, die am 28. Juli 2021 veröffentlicht wurden. Sie gehen von einem jährlichen Wanderungsgewinn von etwa 240.000 Personen aus. Schon eine geringfügige Erhöhung der Zuwanderung nach Deutschland ("Pull-Szenario") beziehungsweise eine Verringerung der Abwanderung ausländischer Fachkräfte aus Deutschland ("Bleibe-Szenario") um rund 50.000 Personen pro Jahr würde deutlich positive Auswirkungen auf die Entwicklung des Fachkräfteangebots und die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland haben. Um langfristig von Zuwanderung zu profitieren, sollte daher nach Auffassung der Autoren insbesondere die Bleibewahrscheinlichkeit der Zugewanderten erhöht werden – vor allem von Personen mit einer gefragten beruflichen oder akademischen Qualifikation. Nach den Erkenntnissen der Studie gelingt dies zum Beispiel durch die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, da diese einen unmittelbareren und stärkeren positiven Effekt auf die wirtschaftliche Entwicklung und das Fachkräfteangebot hat.

6. BMWi fördert KI-Projekte zum Krisenmanagement

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) fördert im Rahmen des Innovationswettbewerbs Künstliche Intelligenz (KI-Innovationswettbewerb) vier neue Forschungsvorhaben zur Prävention und Bewältigung von Krisen. In den Vorhaben sollen neue KI-Anwendungen im Zusammenhang mit Pandemien und anderen Krisensituationen entwickelt und erprobt werden. Die vier Projekte fördert das BMWi mit insgesamt rund 44 Millionen Euro. Das geht aus einer Mitteilung vom 27. Juli 2021 hervor.

7. EU-Kommission startet Informationsportal YOUR Europe

Wo kann man die besten Antworten auf Fragen rund ums Reisen, Studieren, Arbeiten oder Umziehen in Europa finden? Die Europäische Kommission fasst laut einer Mitteilung der Bundesregierung vom 28. Juli 2021 alle wichtigen Antworten in ihrem neuen Informationsportal zusammen. Das Your Europe-Portal dient als digitale Anlaufstelle: einerseits für Bürger, andererseits für Unternehmen in der Europäischen Union. Das Portal ist zurzeit in 23 Sprachen verfügbar.

8. Innovationen und Digitalisierung in Unternehmen

Hierzu veröffentlichte KfW Research am 28. Juli 2021 Ergebnisse einer vom Leibniz-Institut für Europäische Wirtschaftsforschung durchgeführten Studie zum Zusammenhang zwischen Innovationsaktivitäten und Digitalisierung. Danach bedingen sich Digitalisierung und Innovation in Unternehmen gegenseitig. Überdies gehen Unternehmen, die sowohl Digitalisierungs- als auch Innovationsvorhaben umsetzen, ihre Digitalisierung tiefgreifender und umfassender an als andere Unternehmen; diese Unternehmen wachsen auch schneller.



Klimaneutrale Geschäftsreisen.

Mit 100% Ökostrom.*

Jetzt anmelden



9. Institut für empirische Steuerforschung geplant

Die Bundesregierung strebt die Gründung eines Instituts für empirische Steuerforschung an. Damit solle zum einen die Dateninfrastruktur für die Wissenschaft im Bereich Steuern verbessert werden, erklärt sie in ihrer Antwort (19/31668) auf eine Kleine Anfrage, über die der Deutsche Bundestag am 29. Juli 2021 berichtete. Zum anderen solle die evidenzbasierte Forschung im Bereich der Steuerpolitik vorangetrieben und dort eine engere Verzahnung der Wissenschaft mit Politik und Verwaltung erreicht werden. Sie greife damit eine Anregung des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen auf, schreibt die Bundesregierung. Zum Standort habe sie noch keine Entscheidung getroffen.



Klimaneutrale Geschäftsreisen.

Mit 100% Ökostrom.*

Jetzt anmelden